

**Datum 16.11.2004**

## **Multikulti: Brennen die Moscheen bald bei uns?**

**Holland ist in Aufruhr: Ein Mord auf offener Straße, Brennende Moscheen und Kirchen. Müssen wir ähnliche Entwicklungen für Deutschland befürchten? Fragen an den Politikwissenschaftler und Migrationsexperten Dr. Stefan Luft**



*Herr Dr. Luft, in Ihrem Buch schreiben Sie, die Integration würde sich in den Großstädten entscheiden, in denen 80 Prozent der Ausländer leben. Wie stehen die Chancen?*

Die Situation in den Großstädten ist von einer dynamisch sich entwickelnden Desintegration gekennzeichnet. Es bilden sich Parallelgesellschaften. Hauptgründe sind zum ersten die Art der Zuwanderung nach Deutschland und zum zweiten die abnehmenden Integrationsmöglichkeiten. Die Art der Zuwanderung spielt deshalb eine Rolle, weil es eine ungesteuerte Zuwanderung ist: Nehmen Sie die Zuwanderung aus der Türkei, die größte Personengruppe unter den Zuwanderern in Deutschland: Sie wurden zunächst als Gastarbeiter angeworben, dann setzte der Familiennachzug nach dem Anwerbestopp 1973 verstärkt ein und schließlich kommen seit den 80er Jahren die Asylbewerber. In den letzten zehn Jahren wurden rund 60 Prozent aller Asylanträge türkischer Staatsangehöriger in den westeuropäischen Staaten in Deutschland gestellt. Das macht das Problem aus: Wir haben eine Zuwanderung von Menschen, die über eine unterdurchschnittliche formale Bildung verfügen, die in der Türkei Arbeiter oder Reinigungskräfte oder auch arbeitslos waren und in vielen Fällen in den hiesigen Sozialstaat einwandern.

*Die Gastarbeiter hatten zunächst keine Schwierigkeit, Arbeit zu finden.*

Die Gastarbeiter waren an- und ungelernte Arbeitskräfte, die man gesucht hat, um sie hier in der Schwerindustrie und der industriellen Massenfertigung einzusetzen, insbesondere in der Stahl- und der Automobil-Industrie. Das hat wesentlich dazu beigetragen, dass es zu einer sozialen Unterschichtung gekommen ist. Das heißt, die Gastarbeiter haben die wenig beliebten, einfachen und unangenehmen Tätigkeiten übernommen und die deutschen Kollegen konnten auf diese Weise aufsteigen. Damals meinte man, die Gastarbeiter als „Konjunkturpuffer“ einsetzen und die Anwerbung von Arbeitskräften an kurzfristigen Konjunkturzyklen orientieren zu können. Das war aber ein grundsätzlicher Irrtum. Der Staat war eben genau nicht in der Lage, die Gastarbeiter bei nicht mehr vorhandenem Bedarf wieder zurückzuschicken. Nun brechen seit geraumer Zeit auf dem industriellen Sektor die einfachen Arbeitsplätze weg. Für viele ausländischen Arbeitnehmer bedeutet dies

mittel- und langfristig eine Abkoppelung von Strukturentwicklungen auf Arbeitsmarkt.

*Welche Folgen hat das?*

Das bringt zunächst eine inzwischen über Jahrzehnte andauernde überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit und entsprechend hohe Anteile an den Beziehern von Sozialhilfe mit sich. Das belastet insbesondere die Kommunen stark. Das Problem besteht darin, dass die Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft die Gastarbeiter und ihre Nachkommen nicht aufnehmen kann, weil die nötige Qualifikation nicht vorhanden und auch nicht über die Jahre erworben worden ist. Die dritte Generation der Gastarbeiter ist in vielen Fällen weniger integriert als es die erste Generation war. Die Integration ist in Deutschland in erster Linie über den Arbeitsmarkt erfolgt. Wenn man jemand berufstätig war, dann war er letztlich auch gezwungen, sich am Arbeitsplatz in irgendeiner Weise in der hiesigen Landessprache zu verständigen. Die dritte Generation weist auf mehreren Feldern – schulische Abschlüsse, berufliche Bildung, Anteil an den Studierenden, Integration in den Arbeitsmarkt – eine besonders schlechte Bilanz auf. Das ist das zentrale Problem.

*Sie hat im Elternhaus nicht Deutsch gelernt, sie ist dann in Klassen gekommen, in denen wiederum mehrheitlich türkisch gesprochen wurde.*

Sprachstandsuntersuchungen von 10.000 Schulanfängern in Berlin zeigen, dass rund 90 Prozent der Schüler ausländischer Herkunft kein ausreichendes Deutsch sprechen. Das hat mehrere Ursachen. Eine Ursache liegt darin, dass 60 Prozent der Türken in Deutschland ihre Ehepartner aus der Türkei holen, was sicher auch mit der Tatsache zu tun hat, dass der Frauenanteil in der türkischen Gemeinde in Deutschland geringer ist als in der Türkei. Es liegt wesentlich aber auch daran, dass die Frauen aus der Türkei generell als formbarer, als weniger angekränkt durch emanzipatorisches Gedankengut angesehen werden. Die Frauen, die aus der Türkei hierher geholt werden, sprechen jedoch in sehr vielen Fällen wenig oder gar kein Deutsch. Die weitverbreiteten traditionellen Geschlechterrollen erweisen sich dann auch häufig als Hindernis für sie, Sprachkurse außerhalb der eigenen vier Wände zu besuchen. Dies alles wirkt sich dann auf die sprachliche Entwicklung der Kinder besonders negativ aus. Wenn die Alltagssprache nicht Deutsch ist und dies auch noch für den Medienkonsum gilt, dann haben die Kinder natürlich nicht die Chance, entsprechende Deutschkenntnisse zu erwerben.

*Sie lesen türkische Zeitungen, sie sehen türkisches Fernsehen. Sie haben also auch von den Massenmedien her keinen Zugang zur deutschen Gesellschaft.*

Sie leben in Parallelgesellschaften, die zwar in Deutschland angesiedelt sind, aber geistig und kulturell nicht ihr Zentrum in Deutschland haben. Man sieht es in den ethnischen Kolonien der deutschen Großstädte –

Duisburg-Marxloh, Hamburg-Wilhelmsburg oder den westlichen Innenstadtbezirken Berlins. Es gibt dort eine ethnisch ausgerichtete Infrastruktur, die den Bedürfnissen der Bewohner voll entspricht: vom Arzt übers Kaufhaus, Reisebüro, Gemüsehändler bis zum Friseur und zur Teestube. Sie können dort alles finden. Man hört deshalb dort immer wieder: Wir brauchen hier die deutsche Sprache nicht. Diese Strukturen verfestigen sich immer mehr. Die Lehrer haben dann an den Schulen immer größere Schwierigkeiten, zu den eigentlichen Lehrinhalten durchzudringen. Die Schule ist als „Integrationsinstanz“ zunehmend überfordert. Gleichzeitig sind die Kommunen in Zeiten überlasteter und hochverschuldeter öffentlicher Haushalte immer weniger in der Lage gegenzusteuern. Die Notwendigkeit, insbesondere in den sozial schwierigen Stadtteilen mehr zu tun, wird aber immer größer.

*Warum sollen die Türken nicht in einem Viertel leben, in dem es nur türkische Geschäfte gibt?*

*Lesen Sie dazu:  
Kopftuch und  
Grundgesetz  
eine kenntnis-  
reiche Abwägung  
der Standpunkte*

Auch in den so genannten türkischen Vierteln leben nicht nur Türken. Die Bevölkerungsentwicklung wird vielmehr dazu führen, dass – wie der Demograph Herwig Birg einmal gesagt hat – die nicht-zugewanderte inländische Bevölkerung in den Großstädten zu einer Minderheit unter anderen Minderheiten wird. Auch in diesen ethnischen Kolonien muss die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland gelten. Die Bildung von Parallelgesellschaften begünstigt jedoch Fehlentwicklungen wie die Diskriminierung der Frau durch Zwangsheiraten - übrigens mit einer sehr hohen Dunkelziffer – oder die Benachteiligung bei der schulischen Ausbildung. Auch islamistische Propaganda fällt hier auf fruchtbaren Boden und verstärkt aggressive Haltungen. Mit der Vorstellung, dass in Parallelgesellschaften die Scharia gilt, wird sich der allergrößte Teil der deutschen Bevölkerung sicher nicht abfinden. Hier entsteht ein erhebliches interethnisches Konfliktpotential, darauf haben Sozialwissenschaftler schon vor Jahren hingewiesen.

*Arbeitslosigkeit kann zu verstärkter Kriminalität führen. Bei Jugendlichen scheinen noch andere Motive eine Rolle zu spielen.*

Kriminologische Untersuchungen haben jeweils über 16.000 Jugendliche in verschiedenen deutschen Städten nach ihren Gewalterfahrungen befragt. Übereinstimmend sagen die Ergebnisse, dass Jugendliche ausländischer Herkunft – insbesondere bei Türken - eine deutlich stärkere Gewaltbelastung aufweisen und zwar sowohl aus Sicht der Opfer als auch aus Sicht der Täter. Der zweite, ganz wesentliche Punkt ist, dass es insbesondere bei türkischen Familien eine außerordentlich hohe Gewalt- und Misshandlungsrate gibt. Das heißt, innerfamiliäre Gewalt sowohl zwischen den Eltern, aber auch von den Eltern gegenüber den Kindern. Die Gewalterfahrungen der Kinder erhöhen natürlich die Bereitschaft, Gewalt zur (vermeintlichen) Lösung von Konflikten und zur Durchsetzung

des eigenen Willens einzusetzen. Verbunden mit einer Kultur der Ehre, die in diesem Kulturraum eine wesentliche Rolle spielt, und mit so genannten – in der Sprache der Fachleute – gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen trägt dies alles dazu bei, dass es eine überdurchschnittliche Kriminalitätsbelastung gibt. Dabei ist das frappierende, das die Untersuchungen zeigen: Je länger die Aufenthaltsdauer in Deutschland währt, desto höher ist die Gewaltbelastung.

*Über statistische Daten wird viel gestritten.*

Zunächst ist festzuhalten, dass diese kriminologischen Untersuchungen bestätigen, dass die Polizeiliche Kriminalstatistik durchaus ein realistisches Bild von der Lage abgibt. Die statistischen Daten werden durch die massive Einbürgerungspolitik der letzten Jahre allerdings immer weniger aussagekräftig. Dazu nur zwei Beispiele: Die Berliner Polizei hat die Jugendgruppenkriminalität im Jahr 2003 untersucht. Dabei hat man festgestellt, dass 35 Prozent der Tatverdächtigen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen und 16,3 Prozent der deutschen Tatverdächtigen nicht deutscher Herkunft waren. Über die Hälfte aller Tatverdächtigen in diesem Deliktbereich war also nichtdeutscher Herkunft. Ein ähnliches Bild ergibt sich aus den Ermittlungen der Berliner Staatsanwaltschaft: 77 Prozent der Intensivtäter haben diesen Ermittlungen zufolge einen Migrationshintergrund, wobei die türkischen Staatsangehörigen die größte Gruppe stellen. Die Statistiken werden also immer weniger aussagekräftig auch hinsichtlich anderer Indikatoren: Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebezug, die schulische Situation.

*Die Migranten werden einen wachsenden Anteil der Bevölkerung stellen und die Probleme der Arbeitsvermittlung werden ebenfalls zunehmen. Müssen wir deshalb eine steigende Kriminalität befürchten?*

Das Gewaltpotential wird ohne Zweifel zunehmen: Die Integrationschancen nehmen ab, die demographische Entwicklung und die weitere Zuwanderung werden dafür sorgen. Es ist jetzt schon so, dass in Berlin Polizeibeamte nicht mehr in bestimmte Straßen in den westlichen Innenstadtbezirken fahren, weil sie dort auf ein solches aggressives Klima und ein Aggressionspotential stoßen, dass sie sich dem nicht mehr gewachsen fühlen. Ich habe selber Schilderungen von Polizeibeamten gehört, die wirklich dramatisch sind. Es kann auch nicht sein, dass in Deutschland Morde, die aus Ehrvorstellungen heraus verübt werden, nicht adäquat unter Strafe gestellt werden. So waren Richter in Bremen der Auffassung, dass ein grausamer Mord im PKK-Milieu angesichts dort vorherrschender „archaischer Sitten- und Wertvorstellungen“ nicht als Mord aus besonders verwerflichen, „niedrigen Beweggründen“, sondern als „Totschlag“ zu bewerten sei. Solche Fälle sind für die deutsche Gesellschaft ebenso unakzeptabel wie Zwangsheiraten.

*Befürchten Sie, dass auch bei uns demnächst die Moscheen brennen?*

Das ist eine furchtbare Vorstellung und man soll sich auch vor „self fulfilling prophecies“ hüten. Unabhängig von den Vorgängen in den Niederlanden bleibt festzuhalten: Wenn auf die

***Der Islamforscher Bassam Tibi befürchtet in Deutschland Übergriffe wie in den Niederlanden. In den nächsten zehn Jahren seien auch in Deutschland Straßenkämpfe in den Großstädten zu befürchten.***

Integrationskrise nicht entschlossen und massiv reagiert wird, wenn man sie vielleicht sogar leugnet, können auch in Deutschland in nicht allzu ferner Zeit bürgerkriegsähnliche Zustände nicht ausgeschlossen werden. Unter anderem die Einbindung der Zuwanderer in die sozialen Sicherungssysteme hat bisher Zustände wie sie sich im englischen Bradford oder in den Banlieus französischer Großstädte abspielten, verhindert. Dass das so bleiben muss, ist eine Illusion.

*Was ist zu tun?*

Wir müssen darauf reagieren, dass der Integrationswille bestimmter Teile der ausländischen Wohnbevölkerung nicht ausreichend ausgeprägt ist. Wir werden uns also von der Vorstellung, es reiche aus, Integrationsangebote zu unterbreiten und dann erfolge Integration automatisch, verabschieden müssen. Hinzukommen muss eine deutlich artikulierte Integrationserwartung und eine Integrationspflicht. Wer auf Dauer in diesem Land leben will, muss zunächst aus eigener Initiative und aus eigener Verantwortung wesentliche Integrationsleistungen erbringen. Ein auf Kernaufgaben reduzierter Sozialstaat wird zwar Unterstützung geben, aber nicht mehr den Eindruck erwecken können, die erforderliche Integrationsanstrengung weitgehend abnehmen zu können. Insofern ist die Regelung des Zuwanderungsgesetzes, Ausländer zur Teilnahme an einem Integrationskurs grundsätzlich zu verpflichten und bei Verweigerung aufenthaltsrechtliche Konsequenzen anzudrohen, durchaus richtig. Allerdings steht zu befürchten, dass die zahlreichen unbestimmten Rechtsbegriffe, bei denen von solchen Sanktionen abzusehen ist, dazu führen werden, dass sie in der Praxis ins Leere laufen. Das heißt, dass es auch in Zukunft ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für gering Qualifizierte, für Integrationsunwillige und –unfähige geben wird.

*Dass künftige Einwanderer sich Deutschkenntnisse aneignen müssen, kann man sich vorstellen. Schwer vorzustellen ist, dass auch die noch Deutsch lernen, die schon hier sind.*

Bis zur Neuregelung des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2000 gab es nicht die Möglichkeit, in den Fällen, in denen Rechtsansprüche auf Einbürgerung vorlagen, die Sprachkenntnisse zu prüfen. Dies führte in der Praxis dazu, dass in vielen Fällen die Staatsangehörigkeit verliehen werden musste, ohne dass Sprachkenntnisse vorlagen. Man muss sich aber auf der anderen Seite auch darüber im Klaren sein, dass der Student Mohammed Atta, der an den Terroranschlägen vom 11. September 2001 beteiligt war, fließend Deutsch sprach. Es geht also nicht nur um das

Erlernen der Sprache. Die Sprache ist nur eine Grundvoraussetzung, ohne die überhaupt nichts geht. Aber es kommt natürlich ein Wertekanon dazu, der akzeptiert werden muss. Das sind in erster Linie die Menschenrechte und damit natürlich auch die Gleichberechtigung der Frau. Wir müssen aber feststellen, dass zurzeit auch auf Grund des Einflusses islamistischer Organisationen in den ethnischen Kolonien eher ein „roll back“ zu verzeichnen ist: Die Eltern werden beeinflusst, ihre Kinder – insbesondere Töchter - vom Biologie-, Sexualkunde- und Turnunterricht oder von gemeinsamen Schulausflügen abzumelden. Das geht in die falsche Richtung und es wird zunehmend von Lehrern und Sozialarbeitern festgestellt, dass der Konformitätsdruck in den ethnischen Kolonien sehr viel stärker wird. Das geht von diesen islamistischen Gruppen aus.

*Die Städte haben keinen finanziellen Spielraum, die Sozialausgaben werden weiter steigen. Wo könnte überhaupt eine Bewegung zum Positiven entstehen?*

Zunächst muss man deutlicher als bisher verlangen, dass die Voraussetzung für einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland, die Bereitschaft und der Wille zur Integration sind. Wenn man nicht stärker als bisher zum Ausdruck bringt und deutlich macht, dass es eine Integrationspflicht gibt, wird es überhaupt keine Aussicht auf Erfolg geben. Das ist im Einzelfall sehr schwierig, das weiß ich. Aber diese gesellschaftspolitische Generalrichtung muss sich stärker als bisher durchsetzen. Das heißt vor allem, dass man stärker auf die Eltern einwirkt, dass sie dafür sorgen, dass ihre Kinder sprachlich besser dastehen, wenn sie in die Grundschule kommen. Nicht von ungefähr spricht das Grundgesetz nicht nur vom „natürlichen Recht der Eltern“ zur Pflege und Erziehung der Kinder, sondern im gleichen Atemzug auch von der „zuvörderst ihnen obliegenden Pflicht“.

*Was heißt das konkret?*

Das Angebot von Deutschförderkursen vor der Einschulung und die im Schulgesetz festgeschriebene Möglichkeit, Schulanfänger um ein Jahr zurückzustellen, wenn sie trotz entsprechender Kurse nicht über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen, wie es in Hessen geregelt ist, geht in die richtige Richtung. Besonders schlechte Kinder werden also zunächst nicht eingeschult und belasten damit nicht den Klassenverbund. Die Annahme dieser Möglichkeit durch die betroffenen Eltern ist ein positives Signal. Es gibt also auch Lichtblicke. Es müssen aber auch die Asylverfahren verkürzt werden – es darf nicht mehrere Jahre in Anspruch nehmen, bis ein Urteil zu einem Asylantrag Rechtskraft erlangt hat. Es kann nicht sein, dass in Berlin Asylverfahren vor Verwaltungsgerichten durchschnittlich 29,6 Monate und in Rheinland-Pfalz 9,9 Monate dauern. Es müssen dann die Ausreisepflichten sehr viel häufiger als bisher durchgesetzt werden. Es gibt rund 500.000 ausreisepflichtige Ausländer in Deutschland, davon 250 000 mit einer Duldung.

*Gerade die Stadtstaaten haben kein Geld.*

Ich weiß, dass die Haushalte gerade der Stadtstaaten in einer schwierigen bis katastrophalen Lage sind, aber man kann doch nicht kapitulieren. Der demokratische Rechtsstaat ist doch nicht prinzipiell handlungsunfähig, es gibt nur politisch motivierte Blockaden. Neben der Straffung der Asylverfahren muss auch der Druck auf jenen Personenkreis, der sich weigert an seiner Ausreise mitzuwirken, erhöht werden. Immer wieder wird behauptet, das Zuwanderungsgesetz verbessere die Möglichkeiten, vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer, die ihre Identität und Staatsangehörigkeit verschleiern, in ihre Heimat (oder ein Drittland) zurückzuführen und damit zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung wirkungsvoll beizutragen. Die konkreten Ansätze hierzu bleiben jedoch weit hinter dem aus Sicht der Praxis Notwendigen zurück. So wird zwar eine gesetzliche Grundlage für „Ausreiseeinrichtungen“ geschaffen. Diese Einrichtungen konnten allerdings auch schon nach geltendem Recht geschaffen werden. Zudem ist die Rechtsgrundlage dürftig, so dass es weiterhin vom politischen Willen der jeweiligen Landesregierungen abhängt, solche Einrichtungen zu schaffen und so zu gestalten, dass der notwendige Ausreisedruck tatsächlich zustande kommt.

*Darüber hinaus gibt es Menschen, die sich zwar bei den Behörden melden, aber kein Asyl beantragen.*

Auch das belastet die großen Kommunen stark, weil sich dieser Personenkreis auf Grund der ethnischen Netzwerke insbesondere in den Großstädten sammelt und sie dort Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Nordrhein-Westfalen hat insbesondere darauf gedrängt, diesen Personenkreis in Zukunft nach dem Zuwanderungsgesetz nach ähnlichen Quoten zu verteilen, wie bisher schon die Asylbewerber. Das löst aber nicht das Problem. Wollte man ungesteuerte Zuwanderung tatsächlich wirkungsvoll einschränken, dann müsste dieser Personenkreis in bundesrechtlich zwingend vorgeschriebene Ausreisezentren eingewiesen werden. Damit würde den Betroffenen klar bedeutet, dass es keine Zukunft in Deutschland auf Basis von Sozialleistungen und Schwarzarbeit für sie gibt. Das Problem wird auf die im Zuwanderungsgesetz vorgesehene Weise nur sozialisiert, nicht aber gelöst. Auch hier ist eine Chance im Zuwanderungsgesetz vertan worden. Wenn wir mehr Chancen für Integration bieten wollen, müssen wir vor allem vom Konzept der multikulturellen Gesellschaft, wie es in vielen gesellschaftlichen Gruppen noch als gesellschaftliche Leitvorstellung postuliert wird, Abschied nehmen. Deutschland ist nicht multikulturell, sondern kulturoffen, wie es der frühere Verfassungsrichter Paul Kirchhoff gesagt hat.

*Gibt es nicht auch eine Reserviertheit bei den Deutschen, die noch immer die „Türken vor Wien“ fürchten?*

Zunächst sprechen die Tatsachen für sich: Die Zuwanderung der Gastarbeiter nach Deutschland und die Aufnahme mehrerer hunderttausend muslimischer Flüchtlinge während der Balkankriege – hier hat die Bundesrepublik Deutschland mehr als jedes andere europäische Land geleistet. Das spricht eindeutig dafür, dass es in Deutschland kein ausdrückliches Feindbild Muslim oder Türke oder ähnliches gibt. Tatsache ist aber, dass die Deutschen keine geschichtliche Erfahrung mit Zuwanderung aus außereuropäischen Kulturkreisen haben, unter anderem, weil sie nicht in dem Ausmaß Kolonialstaaten waren wie es Frankreich oder Großbritannien gewesen sind. Die Zuwanderung, die wir hatten, die Hugenotten oder die Ostjuden waren in der Regel kulturell hoch stehende Gruppen, die dieses Land bereichert haben, und die auch bereit und in der Lage waren, sich zu integrieren. Insofern kann man nicht abstrakt von Zuwanderung sprechen, sondern muss immer fragen, wer kommt. Erst dann kann man die Frage beantworten, wie groß ist die Integrationsbereitschaft und wie groß sind die Integrationschancen.

---



**Stefan Luft**

**Ausländerpolitik in  
Deutschland,**

Resch Verlag

19,90 €